

USA | 22.10.2020 | Lesezeit 2 Min.

## Steuern runter, Schulden rauf

*Gleich zu Beginn der Amtszeit von Donald Trump machten sich die Republikaner an eine groß angelegte Steuerreform. Seitdem haben amerikanische Konzerne viel Geld nach Hause geholt. Im Gegenzug hat die US-Regierung neue Schulden aufgenommen.*

---

Nach ihrer Machtübernahme im Jahr 2017 taten die Republikaner, was allgemein von ihnen erwartet wurde: Sie senkten die Steuern. Der nationale Körperschaftsteuersatz fiel zum 1. Januar 2018 von 35 auf 21 Prozent. Die USA gaben so ihre internationale Spitzenposition ab und rangieren nun im Mittelfeld. Hinzu kommen je nach Bundesstaat noch lokale Aufschläge (Grafik):

**Die Steuerbelastung der US-Unternehmen ist heute mit 26 Prozent im Schnitt 4 Prozentpunkte geringer als in Deutschland.**

## USA: Biden will die Steuern erhöhen

Steuersätze in Prozent

		Aktuell (Trump)	Geplant (Biden)	Zum Vergleich: Deutschland
<b>Einkommen- steuer</b>	Eingangssteuersatz	10	10	14
	Spitzensteuersatz	37	40	45
<b>Körperschaft- steuer</b>	Nationaler plus lokaler Steuersatz	26	33	30

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, OECD, Tax Foundation  
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Bei der Einkommensteuer wurden die Freibeträge nahezu verdoppelt, sodass für einen Single heute 12.400 Dollar steuerfrei sind. Auf die ersten 10.000 Dollar des zu versteuernden Einkommens werden 10 Prozent fällig, bis zu rund 40.000 Dollar 12 Prozent - statt 15 Prozent wie vor der Reform. Bis zu einem Einkommen von 163.000 Dollar steigt der Steuersatz auf 24 Prozent, das Maximum von 37 Prozent ist erst bei einem Einkommen von rund 520.000 Dollar erreicht.

Um Gewinnverlagerungen in andere Länder zu verhindern, haben die USA unter Trump zudem eine Mindeststeuer und eine Lizenzschranke eingeführt. Dabei kann eine Art Strafsteuer auf im Ausland bereits versteuerte Lizenzgewinne anfallen.

Gleichzeitig buhlen die USA um mehr Investitionen. Diese können seit der Reform sofort vollständig abgeschrieben werden, was die Bemessungsgrundlage unmittelbar reduziert und den Unternehmen mehr Liquidität verschafft. Zudem hat die US-Regierung eine Patentbox eingeführt: Für Gewinne aus Lizenzen wird ein Steuerrabatt gewährt, damit Konzerne ihre Marken- und Produktrechte möglichst in den USA registrieren lassen und die Gewinne auch dort anfallen.

---

## Joe Biden hat angekündigt, die Steuersenkung für hohe Einkommensgruppen und Unternehmen zurückzunehmen, falls er gewählt wird.

---

Einen Steuerrabatt hat die US-Regierung auch für im Ausland geparkte Gewinne von Konzernen mit Hauptsitz in den USA eingeführt, wenn diese Gewinne an die US-Muttergesellschaft ausgeschüttet und damit zu einem Satz von 15,5 Prozent in den USA versteuert werden. Der Anreiz hat funktioniert:

**Insgesamt 640 Milliarden Dollar haben amerikanische Konzerne 2018 zurück in die USA geholt - das meiste davon aus Steueroasen wie den Bermudainseln, Irland und den Niederlanden.**

Wie geht es weiter in den USA? Joe Biden hat bereits angekündigt, die Steuersenkung für hohe Einkommensgruppen und Unternehmen zurückzunehmen, falls er gewählt wird. Statt 35 Prozent wie vor Trumps Steuerreform will der demokratische Präsidentschaftskandidat künftig einen nationalen Körperschaftsteuersatz von 28 Prozent (plus lokale Aufschläge je nach Bundesstaat) - das sind 7 Prozentpunkte mehr als derzeit.

Ein Motiv für die teilweise Rücknahme der Steuersenkungen ist, dass Trumps Steuerreform nicht zum Nulltarif zu haben war: Das US-Haushaltsdefizit stieg 2019, also noch vor der Corona-Krise, bereits auf 1 Billion Dollar - und war damit doppelt so hoch wie im Jahr 2015.

### **Kernaussagen in Kürze:**

- Seit Beginn der Amtszeit von Donald Trump zogen die Republikaner eine groß angelegte Steuerreform durch: Die Gewinner waren vor allem amerikanische Konzerne.
- Sollte Joe Biden im November 2020 gewählt werden, wird er die Steuersenkung für hohe Einkommensgruppen und Unternehmen wieder zurücknehmen.
- Der Grund: Durch Trumps Steuerreform stieg das US-Haushaltsdefizit 2019, also noch vor der Corona-Krise, bereits auf 1 Billion Dollar - und war damit doppelt so hoch wie im Jahr 2015.